

QUARTALSBERICHT

Projektland: Bulgarien

Quartal/Jahr: I/2011

Schlagzeilen

- 1. Europapolitik: Bulgarien wird dem Euro-Plus-Pakt beitreten**
- 2. Innenpolitische Entwicklung: 2011 ist ein wichtiges Wahljahr in Bulgarien: im Herbst finden direkte Präsidentschaftswahl und Gemeindewahlen statt**
- 3. Justiz und Inneres: neues Gewinnabschöpfungsgesetz und neues spezialisiertes Strafgericht für die organisierte Kriminalität**
- 4. Wirtschaftliche Entwicklung: neues Reformprogramm der Regierung bis 2013**

Europapolitik: Bulgarien wird dem Euro-Plus-Pakt beitreten

Am EU-Gipfeltreffen in Brüssel am 24. und 25. März verkündete der bulgarische Ministerpräsident Boiko Borissov offiziell, dass Bulgarien dem Euro-Plus-Pakt beitreten wird. Für Bulgarien entstehen damit zwar bis zur Einführung des Euros im Lande keine finanziellen Pflichten, es wird aber die in diesem Pakt vorgesehenen Maßnahmen zur Stärkung der Finanzdisziplin auf Verfassungsebene implementieren – Haushaltsdefizit bis 2 % des BIP, Staatsschulden bis 60 % des BIP u. a.

Borissov sagte, dass durch den Beitritt zum Euro-Plus-Pakt Bulgarien eine aktive Rolle bei der Formierung der europäischen Finanzpolitik haben werde, und dass es ohne den Beitritt keine Chancen für die Einführung des Euros auch in fernerer Zukunft hätte.

Tomislav Donschev, Minister für die europäischen Fonds, hat an mehreren Pressekonferenzen im Berichtszeitraum den Rückblick und die Erwartungen der bulgarischen Regierung in Bezug auf die Projektinitiativen mit Mitteln aus den europäischen Strukturfonds dargestellt. Allein im Jahr 2011 werden voraussichtlich 1,5 Milliarden Euro abgerufen, soviel wie in dem Zeitraum 2007 – 2010.

Das bisherige schlechte Management mit europäischen Mitteln, besonders aus den Vor-Beitrittsfonds, habe dazu geführt, dass Bulgarien den größten Teil der vorgesehenen Mittel nicht abrufen konnte. So sind für Bulgarien deswegen 500 Mio. Euro vom Programm "PHARE" endgültig verloren gegangen.

Der bulgarischen Europakommissarin für Internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion Kristalina Georgieva wurde im Dezember letzten Jahres die ehrenvolle Auszeichnung „Kommissarin des Jahres“ des Magazins "European Voice" verliehen. Frau Georgieva genießt einen sehr hohen Grad an Zustimmung und Popularität auch in Bulgarien.

Innenpolitische Entwicklung: 2011 ist ein wichtiges Wahljahr in Bulgarien: im Herbst finden direkte Präsidentschaftswahl und Gemeindewahlen statt

Für den Herbst 2011 sind in Bulgarien die direkte Präsidentschaftswahl und Gemeindewahlen anberaumt. Der 23. Oktober als Wahltag wird von der regierenden Partei GERB vorgeschlagen. Die Wahlergebnisse werden zeigen, wie groß das Bürgervertrauen zu der GERB-Regierung ist, die seit knapp zwei Jahren an der Macht ist. Bislang gibt es keine konkreten Nominierungen für die Präsidentschaftswahl.

Aktuellen Bürgerumfragen vom ersten Quartal zufolge hat GERB im Vergleich zu den Ergebnissen voriger Umfrage etwa 7 % weniger Anhänger, die Sozialisten haben um 3 % zugelegt. Bei den anderen Parteien gibt es keine wesentliche Änderung der potenziellen Wählerzahlen. Gestiegen ist der Prozentsatz derjenigen, die nicht wählen würden.

Nach Angaben vom 14. März des Instituts für Meinungsforschung "Mediana" zeigt die Antwort auf die Frage „Welche Partei würden sie heute wählen?“ folgende Verteilung der Wählerstimmen in Prozenten:

GERB (Regierungspartei)	23,6 %
BSP (Sozialisten)	15,8 %
BRF ("Türkenpartei")	5,1 %
Die "Blaue Koalition" (konservativ)	4,4 %
Ataka (Nationalisten)	3,9 %
OLG (Partei von Janev)	1,5 %
NBSII. (Zarenpartei)	1,2 %
VMRO (Nationalisten)	0,7 %
andere Parteien	0,8 %
Nichtwähler	43,00 %

Eine umfassende Studie des größten bulgarischen demoskopischen Instituts NCIOM vom 22. März 2011 ergibt, dass 58 % der befragten Bürger keine Alternative zur jetzigen Regierung sehen. Als größte Erfolge der Regierungspolitik nennen die Befragten die Bekämpfung der Kriminalität

und der Korruption (33 %), den Bau von Autobahnen (20 %), die verbesserte Abrufung von EU-Mitteln (7 %). 29 % meinen, dass die Regierung keine Erfolge erzielt hat.

Als größten Misserfolg der Regierung bezeichnen 20 % der Befragten den sinkenden Lebensstandard, für 17 % ist die Arbeitslosigkeit ein wachsendes Problem, 14 % bemängeln hauptsächlich das Gesundheitswesen.

Die Studie zeigt auch das Rating von Politikern, welche Kandidaten für den Staatspräsidentenposten sein könnten:

Boiko Borissov (Ministerpräsident, GERB)	44,7 %
Tsvetan Tsvetanov (Innenminister, GERB)	32,7 %
Meglana Kuneva (frühere Europakommissarin)	31,7 %
Sergej Stanishev (Vorsitzender der BSP)	19,3 %
Volen Siderov (Vorsitzender der Partei Ataka)	14,4 %
Nadejda Neinski (Europaabgeordnete der Blauen Koalition)	10 %

Am ersten Werktag dieses Jahres legte der Staatspräsident ein Veto ein gegen das im Dezember verabschiedete Wahlgesetzbuch. Seine Kritiken betrafen an erster Stelle die im Gesetz vorgesehene Einschränkung der Wahlberechtigten durch die Einführung der Residenzpflicht (fester Wohnsitz in den letzten zwölf Monaten am Wahlort) (s. vierter QB 2010). Die Mehrheit der Abgeordneten im Parlament stimmte erneut für das Wahlgesetzbuch ohne Änderungen und wies somit das Veto des Staatspräsidenten zurück.

Im Januar entflammte ein politischer Skandal nach Veröffentlichung im Internet des vermeintlichen Wortlauts von angeblichen Aufzeichnungen abgehörter Telefongespräche zwischen Politikern von der Partei GERB. Der Vorsitzende der Partei OLG (Ordnung, Legalität und Gerechtigkeit) Jane Janev und Journalisten der Boulevardzeitung „Galeria“ veröffentlichten im Internet in kurzen zeitlichen Abständen Aufzeichnungen von Telefongesprächen zwischen dem Direktor des Zollamtes Tanjo Tanev und GERB – Politikern, welche starke gespannte personelle Beziehungen und die Ausübung politischen Drucks für Einstellungen, sowie parteipolitische „Schirme“ über Firmen offenbarten. Ein Höhepunkt dabei waren Telefongespräche zwischen Tanev und dem Ministerpräsidenten Borissov, in welchen Borissov den Zolldirektor einweist, seine Beamten, welche eine Brauerei überprüften, zurückzupfeifen, weil er, Borissov, dem Brauereibesitzer versprochen habe, „ihn nicht zu fassen“. Borissov und die anderen Betroffenen verneinten die Echtheit dieser Aufzeichnungen.

Laut Ergebnissen der von der Staatsanwaltschaft beantragten Expertise des Instituts für Kriminalistik handelte es sich um technisch manipulierte Aufzeichnungen von Telefongesprächen.

Die Telefonate des Zolldirektors Tanev sind im Jahre 2010 im Rahmen einer Ermittlung mit Richtererlaubnis wegen Vermutungen, er sei in Kontakt

mit verdächtigen Personen, abgehört worden. Der Verdacht hat sich aber nicht bestätigt und die Ermittlung ist schon im vorigen Jahr eingestellt worden. Da danach alle amtlichen Aufzeichnungen vernichtet worden sind, ist es unmöglich diese mit den im Internet veröffentlichten zu vergleichen. Der Ministerpräsident Borissov und der Innenminister Tsvetanov bezeichneten die Veröffentlichung der vermeintlich abgehörten Telefongespräche im Internet als einen Komplott der organisierten Kriminalität gegen die GERB- Regierung und als Antwort auf die kompromisslosen Einsätze gegen die Bosse der kriminellen Unterwelt. Dahinter stehe der inzwischen aus der Haft gegen Kautionsentlassung entlassene Alexei Petrov, ein ehemaliger Berater des Direktors der Staatlichen Agentur für nationale Sicherheit (DANS), der wegen mehrerer Straftaten als einer der Drahtzieher der organisierten Kriminalität angeklagt wurde. (s. erster QB 2010).

Inzwischen wurden einige der Anklagen gegen ihn wegen Mangel an Beweisen zurückgezogen, aber Anfang April wird die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift, welche auch Anklagen wegen Mordversuch und Erpressung enthält, dem Gericht einreichen.

Es ist allgemein bekannt, dass der Vorsitzende der Partei OLG, Jane Janev, und Alexei Petrov in sehr nahem politischem Verhältnis stehen, was sie auch öffentlich zeigen. Die Hälfte der Abgeordneten dieser Partei im Parlament hat sie letztes Jahr verlassen und unterstützt mittlerweile als Unabhängige die GERB-Regierung. Mit ihren Stimmen konnte GERB die absolute Mehrheit im Parlament erreichen. Die OLG hat keine parlamentarische Fraktion mehr, weil laut Parlamentsordnung 10 Abgeordnete die Mindestzahl für eine eigene Fraktion ist. Seit diesen Ereignissen hält die OLG einen radikalen politischen Kurs gegen die Regierung.

Der oben zitierte politische Skandal zeigt einerseits die Komplexität des politischen Lebens in Bulgarien in den letzten Monaten, andererseits ist er aber auch ein gutes Beispiel für den bereits begonnen Wahlkampf im Lande. Dieser und andere, weniger spektakuläre politische Skandale, sowie die unerfreuliche finanzielle Lage breiter Bevölkerungsschichten haben Einbußen an Popularität der regierenden Partei GERB verursacht. Dennoch bleibt sie stärkste politische Kraft in Bulgarien und die meisten Bürger sehen zur Zeit keine bessere politische Alternative.

Um aus dem politischen Karussell der Skandale auszutreten, verlangte der Ministerpräsident ein Vertrauensvotum vom bulgarischen Parlament. An der Abstimmung am 20. Januar stimmten 140 Abgeordnete für die Regierung, 60 Abgeordnete gegen die Regierung (BSP und BRF). 14 Abgeordnete von der Blauen Koalition enthielten sich ihrer Stimme.

Wie im letzten Quartalsbericht notiert, verkaufte die WAZ – Mediengruppe die Tageszeitungen "Trud" und „24 Tschassa“, die einen Anteil von mehr als 50 % auf dem Markt der bulgarischen Tageszeitungen haben. Dieser Deal

fürte auch zu einem großen Skandal. Hristo Grozev, Vertreter der in Österreich registrierten Mediengruppe „BG Privatinvest“, beschuldigte die zwei anderen bulgarischen Investoren der feindlichen Übernahme. Sie wiesen darauf hin, dass er seinen Finanzanteil nicht überwiesen habe und dass hinter ihm der Besitzer der Mediengruppe „Bulgaria Holding“ Deljan Peevski, BRF-Abgeordneter im Parlament, stehe, der es darauf absieht, den gesamten bulgarischen Medienmarkt zu kontrollieren.

Justiz und Inneres: neues Gewinnabschöpfungsgesetz und neues spezialisiertes Strafgericht für die organisierte Kriminalität

Das Projekt für das neue Gewinnabschöpfungsgesetz (Konfiszierung von illegal erworbenem Eigentum) ist fertig geschrieben und sollte laut Plan des Justizministeriums bis Ende Mai nach öffentlicher Besprechung durch das Parlament verabschiedet werden. Das Gesetz hat eine generelle Zustimmung für die Konformität mit den europäischen Grundsätzen für Menschenrechte durch die „Venedig-Kommission“ im Oktober letzten Jahres erhalten. Die Gesetzesvorlage wird auch seitens der Europäischen Kommission als wichtiger Schritt zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (OK) begrüßt. Durch dieses Gesetz sollte die Verfolgung der Wirtschaftskriminalität effektiver werden.

Die meisten Kontroversen in den politischen Diskussionen in Bulgarien verursacht die vorgesehene Beweisumkehr zu Ungunsten der Angeklagten.

Im Januar wurde mit entsprechenden Änderungen im Justizstatutengesetz und in der StPO die Schaffung eines spezialisierten Strafgerichts für Verfahren gegen die OK beschlossen. In den Kompetenzen des neuen Gerichts werden nur schwerste Formen der Straftaten der OK fallen: Entführungen, Morde, schwere Formen der Wirtschaftskriminalität. Das neue Gericht wird ab dem 1. August 2011 funktionieren. Das Ziel sind effizientere und schnellere Prozesse in den Strafverfahren gegen angeklagte Angehörige der OK.

In allen Monitoringberichten der Europäischen Kommission seit dem EU-Beitritt Bulgariens wird der Mangel an effektiven Strafurteilen gegen Vertreter der OK kritisiert.

In den letzten Märztagen wurde die erwartete Stellungnahme der Expertengruppe der Europäischen Kommission bekannt. Darin steht, dass Bulgarien alle technischen Kriterien für den Schengen- Beitritt erfüllt habe. In den ersten Monaten des Jahres hat die bulgarische Regierung alle festgestellten Mängel (s. vierten QB 2010) beseitigt – neue Stempel, technische Einsatzmittel für Flugüberwachung wurden eingeführt, ein stärkerer Personaleinsatz an der bulgarisch-türkischen Grenze wurde gewährleistet u. a. Es wird erwartet, dass im Juni dieses Jahres das europäische Parlament über die beiden Berichte für Bulgarien und Rumänien abstimmen wird. Der Schengen-Beitritt beider Länder ist aber

zeitlich unbestimmt, weil eine politische Entscheidung der anderen Staaten im Schengen-Raum getroffen werden muss.

Deutschland und Frankreich unterstützen den Wunsch beider Länder für den Schengen- Beitritt, aber in ihrer offiziellen Position werden die mangelnden “politischen“ Kriterien betont. Erst wenn beide Länder erkennbare, nachhaltige und unumkehrbare Fortschritte im Kampf gegen die Korruption und die organisierte Kriminalität nachweisen, werden Deutschland und Frankreich ihrem Schengen-Beitritt zustimmen.

Im März wurde ein neues Amt zur Bekämpfung der Korruption – BORKOR -, direkt dem Ministerrat unterstellt, geschaffen. Das Projekt für dieses Amt mit vor allem analytischen Funktionen wurde mit der Unterstützung eines vom BMI entsandten deutschen Fachberaters beim Ministerrat, Ralph Schlotterer, erstellt.

Der bulgarische Staat, vertreten durch den Regionalminister, hat eine Klage für Eigentumsrückgabe von drei Schlössern mit insgesamt etwa 120 Hektar Wald und Park im Rila-Gebirge und in Sofia gegen den früheren bulgarischen Ministerpräsidenten und Ex Zaren Simeon Saxe-Coburg-Gotski eingereicht. Die Klage plädiert auf Nichtigkeit der Restituierung aufgrund mangelnder Rechtsgründe. Diese Schlösser seien staatliches Eigentum und nicht im Privatbesitz der bulgarischen Zarendynastie gewesen.

Im Dezember 2009 hatte das bulgarische Parlament ein Moratorium auf die Verfügungsmacht von Simeon für alle an ihn restituierten Grundstücke und Immobilien verhängt (s. vierten QB 2009). Gegen diese Entscheidung hat Simeon eine Klage beim Europäischen Gericht für Menschenrechte wegen Verletzung seiner Grundrechte eingereicht.

Im Februar bestätigte die zweite Instanz des Obersten Verwaltungsgerichts den Gerichtsbeschluss der ersten Instanz, dass Ahmed Dogan, Vorsitzender der BRF, nicht im Interessenkonflikt wegen seines Millionenhonorars für ein Hydroingenieurprojekt steht (s. vierten und dritten QB 2010).

Ende Januar wurden 14 Grenzpolizeibeamte vom Grenzübergang Ruse (die Donaubrücke zu Rumänien) verhaftet. Sie haben jahrelang von LKW-Fahrern Bestechungssummen zwischen 20 und 40 Euro verlangt.

Eine Mediensensation im Berichtszeitraum war die Verhaftung des früheren stellvertretenden Außenministers Feim Tschaushev. Er wurde als “Organisator einer Gelderpressung“ angeklagt. Vorher ist ein neues Geländefahrzeug BMW X6 von einem türkischen Geschäftsmann gestohlen worden. Er hat die Polizei benachrichtigt. Beim Abhören seines Telefons sind Anrufe von Herrn Tschaushev aufgezeichnet worden, in welchen derselbe als Vermittler 25 000 Euro für die Rückgabe des Fahrzeugs von dem türkischen Geschäftsmann verlangt.

Tschauschev verneinte den Tatbestand und plädierte, dass er lediglich beim Gespräch übersetzt habe.

Tschauschev war stellvertretender Minister von 2005 bis 2008 und Mitglied der Partei der türkischen Minderheit BRP. 2008 wurde er entlassen, weil er gesetzeswidrig während seiner Amtszeit gleichzeitig Mitglied in den Vorständen von Unternehmen gewesen ist.

Im Januar wurde die frühere Direktorin der nationalen Steuerbehörde Maria Murgina in erster Instanz zu 4 Jahren Haftstrafe wegen Amtsmissbrauch und Nötigung verurteilt. Sie hat durch Androhungen Untergeordnete gezwungen, Revisionsakten zu ändern oder Amtshandlungen gegen Firmen, die Steuern schulden, zu unterlassen. Nachgewiesen konnte direkter Schaden für den Fiskus in Höhe von 1,32 Mio. Leva (1 Euro ist etwa 1,95 Leva) werden. Murgina wurde im Februar 2009 entlassen, nachdem ihr Zugang zu klassifizierter Information von DARS gesperrt wurde (s. erster Quartalbericht 2009).

Wirtschaftliche Entwicklung: neues Reformprogramm der Regierung bis 2013

Im Februar hat die Regierung ein neues Reformprogramm bis 2013 öffentlich vorgestellt. Anstelle der ausländischen Investitionen wie bis jetzt sollte der Exportanstieg Hauptfaktor für den Wirtschaftsaufschwung werden. Weitere Hauptziele in der Wirtschafts- und der Sozialpolitik sind Minderung der Zahl der Armen, der Arbeitslosen und der Analphabeten und Erhöhung der Investitionen für Innovationen und für Energieeffizienz. 16 % sollte der Anteil an Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen werden. Die Finanzierung für die Wissenschaft sollte 1,5 % des BIP erreichen.

Durch die drahtlose Anschließung der Benzinsäulen aller Tankstellen mit den Servern der Steuerbehörde ab dem 11. Januar 2011 erhofft die Regierung den Verkauf von geschmuggelten Kraftstoffen zu stoppen. Nur am darauf folgenden Tag hat die Steuerbehörde den Betrieb von etwa 160 Tankstellen landesweit wegen Nichteinhaltung der neuen Regel gesperrt. Durch diese Maßnahme gegen den Kraftstoffschmuggel plant die Regierung Anstieg der Steuereinnahmen aus Kraftstoffen um 200 bis 300 Mio. Leva jährlich.

Der Staatshaushalt für 2011 ist mit der Prognose für ein Wachstum der Wirtschaft (BIP) um 3,6 % erstellt. Die Wachstumsrate der bulgarischen Wirtschaft für 2010 war 1 %.

2010 sind die ausländischen Investitionen um 67 % im Vergleich zum Vorjahr gefallen. 2009 betragen sie 2,782 Milliarden Euro, 2010 – 894

Millionen Euro. Dieser Rückgang ist eine der erwarteten Folgen der Wirtschaftskrise.

Das Haushaltsdefizit für 2010 beträgt 2,78 Milliarden Leva oder 3,9 %. Die fiskale Reserve bei der Zentralbank sank Ende 2010 auf 6 Milliarden Leva (12 Milliarden Ende 2008). Diese Reserve darf laut Währungsgesetz (die bulgarische Währung ist seit 1997 zu festem Kurs an dem Euro gekoppelt) nicht unter 4,5 Milliarden Leva sinken.

Nach den Angaben der bulgarischen Zentralbank erreicht das Haushaltsdefizit in den ersten zwei Monaten dieses Jahres 900 Mio. Leva. Bislang werden die monatlichen Defizite durch die Reserve bei der Zentralbank gedeckt. Bei Fortsetzung dieser Tendenz, wenn sie unter 4,5 Milliarden Leva sinken, wird Bulgarien eine Finanzierung durch neue Außenschulden decken müssen.

Positiver Trend für die Wirtschaftsentwicklung hingegen ist der Anstieg der Steuereinnahmen im ersten Quartal dieses Jahres um 185 Mio. Leva im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres.

Der Anstieg der Lebensmittel- und der Kraftstoffpreise hat zu einer sehr hohen Inflationsrate geführt – 2,4 % für die ersten drei Monate dieses Jahres.

Die Arbeitslosenquote Ende März beträgt 9,58 %, leicht gesunken im Vergleich zum Dezember letzten Jahres.

Der Autor, Bogdan Mirtschev, ist Projektleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Sofia, Bulgarien

IMPRESSUM

Erstellt: 18.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,
Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de